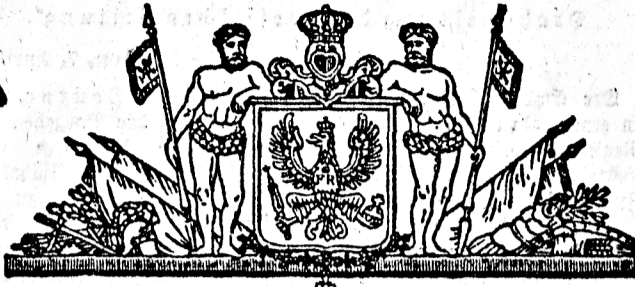


# Wossifische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin, Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postbeckkonto Berlin 660

## Sturz der ungarischen Regierung.

### Karls Abschiedsproklamation.

Drahtmeldung der „Wossifischen Zeitung“.

x Budapest, 7. April.

Die Veröffentlichung des Manifestes Karls IV. hat die Regierung Teleki zum Sturz gebracht. Heute nachmittag halten die Abgeordneten in Anwesenheit mehrerer Minister im Abgeordnetenhaus eine Konferenz ab, die über die Demission der Regierung beschließen wird. Infolgedessen dauerte heute die Sitzung der Nationalversammlung nur einige Minuten. Der Ministerpräsident Teleki hat die Nationalversammlung, ihre Beratungen vorläufig zu vertagen. Die Nationalversammlung stimmte dem zu. Heute nachmittag wird noch ein Ministerrat stattfinden, und hierauf wird die Demission des Kabinetts Teleki veröffentlicht werden.

er Wien, 7. April.

Vor seiner Abreise hat Kaiser Karl dem Ministerpräsidenten Teleki um die Verbreitung folgender Proklamation an das ungarische Volk ersucht:

„Ich bin nach Ungarn zurückgekehrt, da jeder Augenblick der Abwesenheit von dem heiß geliebten Vaterlande, an welches mich ein unlösbarer Schwur und die Stimme des Blutes binden, unsägliche Leiden bedeutete. Ich bin zurückgekehrt, weil ich überzeugt bin, daß das schwergeprüfte Land nur unter Führung des gesetzmäßigen Königs eine volle Ruhe wieder erlangen kann. Die unheilvollen Vorgänge von 1918 und 1919 waren in gleicher Weise gegen die Verfassung und die Gesetze des Landes gerichtet, wie gegen den gekrönten König. Aber das verfassungstreue ungarische Volk ließ sich nicht lange irreführen, und ich sehe mit Genugtuung Ungarn auf dem Wege der Wiedergeburt.

Ein ruhiges konsolidiertes Ungarn liegt im gemeinsamen europäischen Interesse. Ich konnte daher nicht voraussehen, daß die Großmächte mein Bestreben nach Konsolidierung und Ordnung verhin-

bern wollten. Nachdem ich mich überzeugt habe, daß die Uebernahme des Herrscheramtes der Nation schwere und unerträgliche Prüfungen auferlegen würden, die ich vor meinem Gewissen nicht verantworten konnte, entferne ich mich wieder. Aber ich werde auch in der Ferne Ungarn meine Liebe und Treue und, wenn nötig, auch mein Blut opfern. Ich werde dem Vaterlande nicht untreu werden, wie ich auch hoffe, daß das Vaterland mir treu bleibt. Bis dieser Augenblick kommt, bitte ich die Nation auch meinerseits jenen Mann zu unterstützen, der auf Grund des Vertrauens der Nationalversammlung gegenwärtig das Amt des Staatsoberhauptes ausübt und dem auch ich die Wahrung jener Interessen vertraue, welche nach der Verfassung ein harmonisches Zusammenwirken Ungarns und seines Königs fordern.

gez. Karl.“

\*

In seiner bereits heute morgen mitgeteilten Erklärung im Parlament sagte der ungarische Ministerpräsident Teleki noch, der aus Oesterreich gemeldete Zwischenfall bei der Durchreise Karls beweise, daß die österreichische Regierung unfähig gewesen sei, ihrem Versprechen freier Durchfahrt Geltung zu verschaffen. Zum Schluß brachte Teleki den Dant der ungarischen Regierung an Spanien für das angebotene Asyl zum Ausdruck.

Außenminister Dr. Graß wandte sich sehr scharf gegen die Prager Regierung. Wenn der tschechische Minister des Aeußern Benesch sage, Ungarn müsse das ausgezwungen werden, was er Demokratie nennt, so müsse man entgegnet, es sei eine Verhöhnung demokratischer Denkungsart, wenn man jemandem seine Auffassung mit Gewalt aufzwingen wolle. Diese Grundsätze seien keine demokratischen Grundsätze, sondern entsprächen denjenigen, die der Bolschewismus verkündet habe, indem er sich das Recht anmaßte, die innere Ordnung fremder Staaten nach eigenem Geschmade zu ändern. Demgegenüber rufe er den Geist englischer und französischer Staatswissenschaft an, die jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der fremden Staaten verwerft. Dieser Geist habe sich in der Vergangenheit in den glänzendsten Abschnitten der englischen und französischen Geschichte offenbart und müsse auch über die Balkanische Mentalität siegen, die sich jüngst gegen Ungarn offenbart habe.

## Deutsche Note über Oberschlesien.

Im Laufe des heutigen Tages wird die deutsche Regierung der Interalliierten Kommission in Opatowitz und den alliierten Regierungen unmittelbar eine Note über den Gesamtzompieg der oberschlesischen Frage überreichen. Die Veröffentlichung des Inhalts wird morgen erfolgen.

### Die Zerstörung des Heeresgutes.

Deutsche Antwort an die Interalliierte Kommission.

Berlin, 7. April. (W. T. B.)

Das Auswärtige Amt hat an die interalliierte Militärkontrollkommission folgende Note gerichtet: „Die Deutsche Regierung hat Kenntnis davon genommen, daß die Bolschewistenkonferenz ihren Vorschlag, die den augenblicklichen Bedarf übersteigenden Bestände an Ersatzteilen und Halbfabrikaten für Heeresgerät bis zum Eintreten des Bedarfsalles im besetzten Gebiete lagern zu lassen, ablehnt und auf der sofortigen Zerstörung dieser Vorräte besteht. Damit werden Werte von mehr als einer Milliarde Mark ohne militärische Notwendigkeit vernichtet; die deutsche Regierung wird genötigt, ihr Budget in den kommenden Jahren mit hohen Aufwendungen für den Bedarf der Wehrmacht zu belasten, die bei Annahme des Vorschlags erspart worden wären. Die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Anordnungen werden erteilt.“

## Die Konferenz der Nachfolgestaaten.

Eine Begrüßungsrede Sforzas.

mp Rom, 6. April.

Die Konferenz von Rom hat heute im Gebäude der ehemaligen österreichisch-ungarischen Botschaft ihren Anfang genommen. Sforza begrüßte die Anwesenden mit einer Ansprache, in welcher er ausführte, das beste Mittel, die gegenseitigen Interessen zu wahren, sei eine offene und unmittelbare Aussprache zwischen den Beteiligten. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Bereitschaft zu vernünftigen Transaktionen und gerechten Uebereinkommen Vorteile für alle bringen möge, die zunächst zwar nur materieller Art seien, die aber ihre Rückwirkung

auch auf die politischen Beziehungen haben würden. So würde abermals durch die Tatsache der Beweis dafür erbracht werden, daß in der heutigen menschlichen Gesellschaft das eigene Wohlergehen unmittelbar vom Wohlergehen des Nachbarn abhängig sei.

Als Dekan der anwesenden Vertreter Oesterreichs, Polens, Ungarns, der Tschechoslowakei, Rumaniens, Jugoslawiens und Italiens schlug der Rumäne Lahovari vor, den Vorsitz an Imperiali zu übertragen. Der Vorschlag wurde angenommen.

In der ersten Sitzung wurden zwei Kommissionen gebildet, deren eine sich mit den verwaltungstechnischen und juristischen Fragen, die zweite mit denen wirtschaftlicher und finanzieller Natur beschäftigen soll.

## Das Vertrauensvotum für Briand.

Paris, 7. April. (W. T. B.)

Am Schluß der gestrigen Senatsitzung wurde beantragt, an dem Kredite für Syrien einen Abstrich von 20 Millionen zu machen. Ministerpräsident Briand stellte die Vertrauensfrage, und schließlich wurde nach längerer Debatte mit 197 gegen 9 Stimmen der Kredit bewilligt. Jedoch hatten sich 100 Senatoren der Abstimmung enthalten, die anscheinend der radikalen Partei angehören.

Paris, 7. April. (G. C.)

Wie das „Petit Journal“ meldet, hat die französische Regierung der amerikanischen eine Aufstellung über den Zustand der zerstörten Gebiete übermittelt. Sie umfaßt zwölf Seiten und soll den Beweis erbringen, daß die deutsche Behauptung in London unwahr gewesen sei, nach welcher von Seite Frankreichs für das zerstörte Gebiet nichts geschehen sei. Außerdem wird die deutsche Angabe in London widerlegt, daß sie jemals ein ernstes Angebot für den Wiederaufbau der nördlichen Provinzen erfolgt sei. Es wird nachgewiesen, daß der Wiederaufbau von Frankreich mit der größten Energie betrieben werde. Der Vorschlag, daß die Deutschen die Schulden der Alliierten Amerika gegenüber übernehmen wollten, sei nichts anderes als eine Wiederholung eines Erzberger'schen Vorschlages, der von niemanden ernst genommen worden sei.

\*

Nach einer Reuters-Meldung aus Koblenz soll die neue Zollgrenze innerhalb zehn Tagen in Wirksamkeit treten und zwar gleichzeitig in der belgischen, französischen und in der amerikanischen Zone. Mit Zustimmung der Amerikaner werden die Alliierten im amerikanischen Gebiet die Kontrolle ausüben, wobei die amerikanischen Truppen den Schutz für die interalliierten Zollbeamten stellen werden.

## Ein Mann und ein Programm

Die preussische Regierungsbildung.

Der demokratische Parlamentarismus befindet sich in Deutschland noch im Stadium des Experiments. Es fehlen die Traditionen, die Männer und die Methoden der Länder mit eingemurzelter Demokratie, die sich aus ihren besonderen Bedürfnissen heraus die für sie geeigneten Formen der parlamentarischen Regierungsweise geschaffen haben. Die lange Dauer der preussischen Regierungskrise, die von den Gegnern der Demokratie mit großer Genugtuung betrachtet wird, kann an sich weder als Beweis gegen die Eignung demokratischer Staatsformen gelten, noch für die Güte des alten Systems, sondern höchstens als Bestätigung der Tatsache, daß die Erziehung zur Demokratie bei uns noch in den Anfangsgründen begriffen ist.

Die bisherige Art der Regierungsbildung, die von den Parteien ausging und die Fraktionsführer als Herren über Leben und Schicksal des Kabinetts inthronisierte, scheint allmählich die bisherige Alleingültigkeit zu verlieren. Man kann auch nicht sagen, daß dieser Brauch den Vorzug verdient, der ihm bisher eingeräumt wurde. Er mag sich bewähren in Ländern, in denen nur zwei Parteien in Betracht kommen und wo die Regierung ganz naturgemäß nichts anderes ist als der Ausschluß der herrschenden Partei. Der Versuch, durch Koalitionsbildung denselben Effekt zu erzielen wie beim Zwei-Parteien-System, bedeutet im Grund eine Unmöglichkeit. Denn bei dem Zwei-Parteien-System ist das Ausschlaggebende die Klarheit über die Verantwortung für die Regierungshandlungen, während bei uns alle Beteiligten die Aus- und Einrede des Uebereinkommens geltend machen können. Dazu kommt, daß unter Parteienwesen noch gänzlich auf die Agitation eingestellt ist und keinen Raum läßt für die schöpferische Betätigung der Persönlichkeit.

Da es bis jetzt in Preußen nicht gelungen ist, auf dem Weg über Fraktionsbeschlüsse einen Garantieschein für das kommende Kabinett zu erlangen, der diesem die Gefolgschaft einer großen Majorität für alle Lebenslagen verspricht, wird, wie im Morgenblatt der „Wossifischen Zeitung“ mitgeteilt wurde, ein neuer Weg versucht, den man offenbar nur ungern und zögernd geht und dem man deshalb die Marke des Provisoriums mit besonderem Nachdruck aufprägt. Man will nötigenfalls statt von unten nach oben von oben nach unten gehen, das heißt, man denkt zunächst daran, einen Ministerpräsidenten zu suchen und ihm dann zu überlassen, sich Mitarbeiter zu suchen, wo er sie findet.

Natürlich ist das ein „Provisorium“. Aber schließlich ist keine Kabinettsbildung für die Ewigkeit berechnet, auch wenn sich diejenigen, die Minister werden sollen oder wollen, das einbilden. Immerhin könnte ein Provisorium, das auf einen Mann und ein Programm begründet ist, eine unerwartet zähe Lebensdauer haben. Gewiß kann ein Kabinett, das nicht über eine sogenannte „feste Mehrheit“ verfügt, theoretisch jeden Tag gestürzt werden. Aber die festen Mehrheiten, die auf Kompromissen zwischen habenden Fraktionen beruhen, sind keineswegs eine so elastische und sichere Grundlage, wie man mit dem Rechenstift in der Hand vorher zu behaupten liebt. Auf der anderen Seite könnte ein Kabinett, das positive Leistungen aufzuweisen hat, jeden Tag gestürzt werden, wenn es nur zum Sturz, sondern auch zur Uebernahme der Verantwortung. J. E.

\*

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ veröffentlicht den Wortlaut des Schreibens der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, das die — von der „Wossifischen Zeitung“ in der heutigen Morgenausgabe mitgeteilten — Bedingungen für ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei enthält. Das Schreiben war von dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion, Abg. Severing, an die Fraktionen des Zentrums und der Demokraten gerichtet und vom Zentrum an die Deutsche Volkspartei weitergeleitet worden. Da das Schreiben in der Frage der Koalitionsbildung eine wichtige Rolle spielt, sei der Wortlaut wiedergegeben:

„Die Sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags ist zurzeit nicht beisammen. Vorbehaltlich ihrer Stellungnahme und ganz unverbündlich, lediglich in meinem Namen und denen der Kollegen Limberg und Heilmann, möchte ich Ihnen nach Rücksprache mit den in Berlin anwesenden Vertretern des Fraktionsvorstandes zur Regierungsbildung in Preußen folgendes mitteilen:

Sie wissen, daß die Sozialdemokratische Fraktion in Preußen einstimmig beschlossen hat, mit der Deutschen Volkspartei zusammen nicht in die Regierung zu gehen, sondern an der alten Koalition festzuhalten. Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten haben sich indessen auf den Standpunkt gestellt, daß eine Erweiterung der Koalition nach rechts geboten sei. Infolgedessen ist seit über vier Wochen die Frage der Regierungsbildung auf dem toten Punkt. Deshalb haben wir nach einer Unterredung mit dem Reichspräsidenten uns bereit erklärt, zu prüfen, ob überhaupt eine gemeinsame Regierungsbasis mit der Deutschen Volkspartei zu finden wäre. Sie werden begreifen, daß wir für den Fall des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Regierung die von uns vertretenen Interessen und Standpunkte in weitestgehendem Maße zu sichern bemüht sein müßten. Das Mindeste, was wir im Falle des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die